Bayerischer Landtag

2. Legislaturperiode Tagung 1953/54

Beilage 4843

Antrag

Betreff:

Unterhaltszuschüsse für verheiratete Beamtenanwärter im Vorbereitungsdienst

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, § 3 Abs. 2 der Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen über die Unterhaltszuschüsse und Vergütungen bei Beschäftigungsaufträgen für Beamtenanwärter vom 6. Juli 1953 (GVBl. S. 104) aufzuheben und kinderlos verheiratete Beamtenanwärter im Vorbereitungsdienst an den allgemeinen Erhöhungen der Unterhaltszuschüsse teilnehmen zu lassen.

München, den 19. November 1953

Pittroff, Högn (beide SPD)

Beilage 4844

Antrag

Betreff:

Aufstellung einer Ausbildungseinheit der Bereitschaftspolizei

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Rahmen der bayerischen Bereitschaftspolizei zur Gewährleistung ihrer Einsatzbereitschaft eine Ausbildungseinheit in angemessener Stärke zum frühestmöglichen Zeitpunkt aufzustellen.

München, den 20. November 1953

Dr. Ankermüller,
Dr. Lenz (beide CSU),
v. Knoeringen,
von Rudolph (beide SPD),
Simmel (BHE)

Beilage 4845

Antrag

Betreff: Bereitstellung von Haushaltsmitteln für eine bayerische Grenzlandhilfe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, für eine bayerische Grenzlandhilfe in den Haushaltsjahren 1954, 1955 und 1956 Beträge von je 10 Millionen DM zusätzlich zu den in den einschlägigen Kapiteln der Einzelpläne des Staatshaushalts vorgesehenen Zuschüssen und Darlehensmitteln bereitzustellen. Diese Beträge sind bevorzugt für die Durchführung der vom Ausschuß für Grenzlandfragen vorgeschlagenen Maßnahmen zu verwenden.

München, den 24. November 1953

Schuster,

Eder, Dr. Fischer, Freundl, von Haniel, Heigl, Helmerich, Höllerer, Karl, Lanzinger, Pösl, Ramelsberger, Dr. Schedl, Sterzer, Dr. Weigel (sämtliche CSU),

Bitom, Förster, Högn, Lindig, Müller Christian, Sichler (sämtliche SPD),

Bantele (BP)

Beilage 4846

Dringlichkeitsantrag

Betreff:

Weihnachtszuwendungen für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, den Beamten, Ruhegehaltsempfängern, Angestellten und Arbeitern auch in diesem Jahre eine Weihnachtszuwendung in Höhe des Betrages des Vorjahres zu gewähren.

München, den 24. November 1953

Meixner, Donsberger, Dr. Fischer und Fraktion (CSU)